

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Alexander König, Petra Guttenberger** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer und **Fraktion (FDP)**

Mehr Sicherheit in Bayerns Justizgebäuden ist unumgänglich

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Am 11. Januar 2012 wurde der 31-jährige Staatsanwalt Tilman Turck während der Urteilsverkündung in einer Sitzung des Strafrichters des Amtsgerichts Dachau vom Angeklagten erschossen. Unser Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit der Ehefrau und der Familie des getöteten Staatsanwalts. Die Tötung des jungen Staatsanwalts, der als Anklagevertreter die Interessen der Allgemeinheit vor Gericht vertrat, ist auch ein Anschlag gegen den Rechtsstaat und seine Institutionen.
2. Die Justizbediensteten, Rechtsanwälte, Verfahrensbeteiligten, Zeugen und Zuhörer müssen sich in unseren Gebäuden sicher fühlen können, auch und gerade weil die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen eines der wesentlichen Prinzipien unseres Rechtsstaats ist.

II. Der Landtag begrüßt die seit 2009 zur Verbesserung der Sicherheit in den Gerichtsgebäuden durchgeführten Maßnahmen und insbesondere, dass dabei

- 3,6 Mio. Euro in die Sicherheit der Justizgebäude investiert wurden,
- bei Neubauten und Sanierungen erhöhte Sicherheitsstandards umgesetzt werden, und
- an den Strafjustizzentren und weiteren großen Justizstandorten bereits heute laufend Zugangskontrollen stattfinden.

III. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Sicherheit in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte sowie der Staatsanwaltschaften in Bayern zu optimieren, indem

- bei allen Neubauten und Sanierungsmaßnahmen Metalldetektorrahmen, Drehkreuze und zentral bedienbare Türelemente oder elektrisch steuerbare Türen zum Standard gemacht werden,
- die Trennung von Bürotrakten und Sitzungssaalbereichen so schnell wie möglich umgesetzt und, wo dies baulich nicht möglich ist, andere geeignete Maßnahmen ergriffen werden,
- alle übrigen Gebäude soweit noch nicht geschehen zügig so nachgerüstet werden, dass Zugangskontrollen ohne Weiteres und effizient durchgeführt werden können,
- in jedem Justizgebäude künftig ein Metalldetektorrahmen zur Verfügung gestellt wird, der an Sitzungstagen zur Eingangskontrolle zum Einsatz kommt,
- die Zugangskontrollen erhöht und auf kleine Gerichte und Nebengebäude ausgedehnt werden,
- dafür Sorge zu tragen ist, dass zu allen Zeiten, zu denen Gerichtsverfahren stattfinden, die Metalldetektoren verlässlich zum Einsatz kommen und auf Anforderung Sicherheitsbeamte in der Sitzung anwesend sind.

Die dringend erforderlichen personellen Ressourcen und die nötigen Sachmittel für die baulichen und technischen Ausstattungen sind so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen. Dies darf aber nicht zu Lasten anderer Notwendigkeiten in der Justiz, wie z.B. der anzustrebenden zusätzlichen Stellen für Richter und Staatsanwälte, gehen.

IV. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, die Sicherheitslage an den Fachgerichten (Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten) zu überprüfen und auch in diesem Bereich ggf. die schon eingeleiteten Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken.

V. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, dem Landtag bis spätestens 1. Oktober 2012 über die eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen zu berichten.